

Zur Frage der künftigen Handelspolitik.

Ungewisser als je ist die künftige Gestaltung des Welt Handels. Während die Tagungen der Mittelmächte zu Dresden und München eine Annäherung der Nachbarreiche ohne feindseligen Abschluß nach außen vertraten, hat die Pariser Konferenz vorbehaltlos den Wirtschaftskrieg nach dem politischen Friedensschluß verkündet. Indessen liegt zwischen Absicht und Vollbringen ein weiter Weg, zumal da durch die Beschlüsse der Entente-Konferenz auch die Neutralen einschließlich Amerikas einträchtig würden und sich zur Wehr setzen müßten. Von dem Beschluß der Haager Konferenz, im Falle eines Krieges sollen alle kriegsführenden Mächte Sorge tragen, daß der allgemeine Weltverkehr durch den Krieg möglichst leide, sind wir weit abgekommen. Die Wiederaufrichtung des Welthandels wird eine der größten und schwierigsten Aufgaben der ersten Friedensjahre werden.

Viel kommt dabei auf die Handelspolitik an, die die Mittelmächte nach dem Kriegsschluß betreiben werden. Darüber führt Stölpner in der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ aus:

Seit einem Vierteljahrhundert, seitdem Caprivi das mitteleuropäische Vertragssystem geschaffen hat, sind der Abschluß und die Erneuerung von Tarifverträgen selbstverständlich geworden, so selbstverständlich, daß wir daneben beinahe vergessen haben, welche Neuerung die Caprivi-Verträge in der Handelspolitik bedeuteten. Als Caprivi an den Abschluß seiner Tarifverträge dachte, hatte sich Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft eben erst stabilisiert. Der Freihandel, unter dessen Herrschaft der Aufstieg deutscher Wirtschaft nach der Einigung des Reiches eingeleitet hatte, war wenige Jahre nach der Reichsgründung gebrochen. Der Degenbrief Bismarcks an den Bundesrat vom Jahre 1878 wies der deutschen Handelspolitik Wege, die vom Freihandel weit abführten. Aber Bismarck wollte nicht nur den Schutz der deutschen Wirtschaft, er wollte auch das Maß des nötigen Schutzes frei bestimmen, und dazu brauchte er die Autonomie der deutschen Zollpolitik. Niemand vermochte bei jenem Uebergang zur Schutzpolitik das Schutzbedürfnis der deutschen Wirtschaft zahlenmäßig zu erfassen, und so war es gar kein Zufall, daß die folgenden anderthalb Jahrzehnte alle paar Jahre eine neue Tarifreform brachten. Immer neue Wirtschaftszweige wollten geschützt sein oder ihren Schutz verstärkt sehen. Aber die deutsche Wirtschaft wuchs und dehnte sich, griff immer weiter auf dem Weltmarkt aus und nun mußte ein Kompromiß zwischen Schutz- und Ausführinteressen geschaffen werden, die durch die schroffere Abschließung der übrigen Wirtschaftsmächte bedroht waren. Dieses Kompromiß bedeuteten die Caprivi-Verträge.

Es ist nie wieder in gleichem Maße gelungen. Schon 1904 bis 1906, bei der ersten Erneuerung der Caprivi-Verträge (die Bülow'sche Handelspolitik) hat sich das Schutzinteresse wieder als stärker erwiesen. Daß die Ausführinteressen der deutschen Wirtschaft trotzdem anscheinend nicht gelitten haben, beweist nur ihre robuste Kraft. Bei der „bewährten Wirtschaftspolitik“ hätte man es in Deutschland auch 1917 gern gelassen, und Delbrück hat im Reichstag diesem Wunsch der deutschen Regierung offen Ausdruck verliehen. Die ablehnende Antwort ist aus Rußland und Oesterreich-Ungarn zugleich gekommen: Beide Staaten haben es abgelehnt, die 1906er Verträge unverändert, das heißt ohne eigeneollerhöhung zu erneuern.

Von allen Voraussetzungen der Handelspolitik vor dem Kriege hat dieser dank seiner langen Dauer kaum eine unberührt gelassen. Wir scheiden dabei zunächst die völlig geänderte Stellung Oesterreich-Ungarns zu Deutschland aus. Von den Voraussetzungen der deutschen Handelspolitik vor dem Kriege möchten wir vor allem fünf hervorheben: die Ausbreitung des deutschen Welthandels, Englands Festhalten am Freihandel, die Frankfurter Meistbegünstigungsklausel, den raschen Aufstieg der russischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt und die kapitalistische Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Europa. Keine erste Voraussetzung, die Ausbreitung des deutschen Welthandels, bleibt das oberste Interesse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der sich diese Ausbreitung vor dem Kriege vollzogen hat, besteht nicht mehr. Die Ausdehnung des deutschen Welthandels stößt auf hohe Schranken, und wenn wir auch alle an ihrer Ueber-

windung nicht zweifeln, so ist vorerst doch geraume Zeit erforderlich, bis nur der Stand vor dem Kriege wieder erreicht sein wird. Englands Freihandel wird von seinen eifrigsten Vorkämpfern die Totenglocke geläutet. Die Frankfurter Meistbegünstigungsklausel hat der Krieg zerstört und in der alten Form kehrt sie jedenfalls nicht wieder. Rußland ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen und Amerika, das alljährlich Millionen und Millionen Shares und Bonds nach Europa werfen mußte, um seine Bahnen auszubauen, ist der Geldgeber Europas geworden, zieht aus Europas Verarmung ungeheuren Gewinn und übersteht den Krieg mit unberührter Wirtschaft und unbeschwert von finanzieller Kriegslast.

Der Krieg hat aber auch unmöglich gemacht, die neuen Voraussetzungen zu erkennen. Der Krieg hat die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung, die Beziehungen zwischen den großen Wirtschaftsmächten, ja überhaupt, und wie niemand die Wirkungen der Kriegsfolgen auf die künftige Wirtschaft abzuschätzen vermag, so entzieht sich heute auch das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen den einzelnen Staaten jedem verlässlichen Urteil.

Und darin liegt (neben „Mitteleuropa“) das zweite Kernproblem des wirtschaftlichen Friedensschlusses. Deutschland und Oesterreich-Ungarn können ihre Handelspolitik in den alten Bahnen nicht mehr aufnehmen, selbst wenn sie es wollten. Niemand vermag am Tage des Friedensschlusses eine Zollberechnung aufzustellen. Materialpreise, Löhne, Steuern, Valuta, Zinsfuß, Absatzbedingungen — und jeder einzelne Faktor der Inflation ist ein großes Fragezeichen und so wenig, wie die Produktion und Absatzverhältnisse im Innern, vermögen wir diese in den Staaten abzuschätzen; mit denen wir die Verträge abschließen sollen. Wenn England tatsächlich das größere britische Imperium begründen sollte, so wird das Jahre erfordern, und in diesen Jahren kann und wird England keine zollpolitische Bindung eingehen. Wie Rußland sich mit seinen schweren staatsfinanziellen Problemen auseinanderzusetzen kann, niemand sagen und vor allem läßt sich Art und Grad der Ueberlegenheit der amerikanischen Wirtschaft in keiner Weise ermessen.

Unter diesen Umständen muß der Versuch, Tarifverträge bei Friedensschluß abzuschließen, als höchst gefährliches Beginnen erscheinen. Allerdings, das Kompromiß zwischen Schutz- und Ausführinteresse wird nach dem Kriege einseitig zu Gunsten der Ausführinteressen ausfallen müssen! Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden ihre Handelspolitik einseitig in den Dienst der Exportförderung stellen müssen, um die Rohstoffe zu beschaffen und um die Valuta wiederherzustellen. Das schließt aber nicht aus, daß sich namentlich gegenüber Amerika nach wenigen Jahren ein starkes Schutzbedürfnis (für alle europäischen Staaten!) ergeben kann, wie andererseits die Wiederherstellung der alten Zölle die Ausführinteressen in vielen Positionen stärker gefährden mag als vor dem Kriege. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen sich so lange die Freiheit der Entschließung vorbehalten, als sich nicht die handelspolitische Weltlage geläutet und ihre Produktionsbedingungen stabilisiert haben. Daß autonome Handelspolitik nicht Häuftehrzum Hochschutzzoll bedeuten darf und wird, dafür wird der Stand der Valuta und der Zwang der Rohstoffergänzung sorgen. Der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll hat einen neuen Inhalt bekommen, er wird bei der Erstellung der autonomen Tarife ausgetoht werden müssen. Aber wenn wir eine in ihrer Dauer nicht abzusehende Periode der autonomen Zollpolitik kommen sehen, so ergibt sich gerade daraus mit unbedingter Notwendigkeit die Forderung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei Friedensschluß im Friedensvertrag bei allen feindlichen Mächten die dauernde und uneingeschränkte und gegen Umgehungen geschützte Meistbegünstigung durchsetzen. Es ist ein unbegreifliches Mißverständnis gewesen, daß man die Vorkämpfer von Mitteleuropa für Gegner der Meistbegünstigung gehalten hat. (Die Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie im Reich und in Oesterreich haben sich von diesem Mißverständnis freigehalten.) Wer Mitteleuropa will, weil es die unumgängliche Voraussetzung ausgreifender Wirtschaftspolitik bietet, muß zugleich die unbedingte Sicherheit wollen, daß die Entwicklung des mitteleuropäischen Welthandels nicht beschränkt bleibt, den die Meistbegünstigung gewährt.